

Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung des Mobilitätsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 10.04.2025
Sitzungsbeginn: 18:23 Uhr
Sitzungsende: 20:22 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Monika Annette Wenzel

Bemerkung

Gremienmitglieder

Name

Peter Blum

Harald Baal

Achim Ferrari

Birdal Dolan

Achim Ferrari

Daniel Hecker

Kaj Neumann

Noah Wagner

Dr. Heike Wolf

Stefan Dussin

Burkhard Fahl

Jörg Hans Lindemann

Dr. Andreas Nositschka

Nicolai Vincent Radke

Dr.-Ing. Jan van den Hurk

Jörg Veltrup

Ralf Demmer

Rolf Winkler

Bemerkung

Vertretung für: Gaby Breuer

Vertretung für: Dr. Sebastian Breuer

Vertretung für: Wilfried Fischer

Vertretung für: Wilfried Fischer

Schifführung

Name

Silke Retterath

Bemerkung

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Gaby Breuer	entschuldigt
Dr. Sebastian Breuer	entschuldigt
Wilfried Fischer	entschuldigt
Christian Hofmann	entschuldigt

Gäste:

Dr. Wolfgang Backhaus	Rupprecht Consult
Dr. Katrin Driessen	ASEAG
Prof. Dr. Christoph Hebel	Fachhochschule Aachen
Esther Reufsteck	APAG
Caline Strack	Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift vom 13.03.2025	
3	Netzwerk Mobilitätswende Region Aachen (NEMORA) - Jahresbericht 2024	FB 68/0169/WP18
4	Schienengüterverkehrsstudie für das Rheinland	FB 68/0172/WP18
5	Leitlinien der europäischen Union für den Aufbau eines Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)	FB 68/0176/WP18
6	Beantragung von Fördermitteln zum Ausbau von Carsharing-Diensten in Aachen (FöRi-MM)	FB 68/0157/WP18
7	Interreg Meuse-Rhine (NL-BE-DE): TRANSIT	FB 68/0174/WP18
8	Datenanalyse Sachstandsbericht	FB 68/0178/WP18
9	Verflechtungsgebiet Harscampstraße – Schildstraße – Schildplatz; hier: Ausführungsbeschluss	FB 68/0128/WP18

TOP	Betreff	Vorlage
10	Bewohnerparkzone "M" (Habsburgerallee) - Ergebnisse der Nacherhebung	FB 68/0170/WP18
11	StVO-Anpassung	FB 68/0177/WP18
12	Sachstandsbericht der Vorbereitung des Ausführungsbeschlusses Salierallee auf Basis des Planungsbeschlusses vom 14.9.2023., TO Antrag der Fraktionen Grüne und SPD	FB 68/0164/WP18
13	Mitteilungen der Verwaltung	
14	Umleitungssituation Baustelle Bismarckstraße hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen Grüne, SPD, Die Linke und Die Zukunft	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung weist Frau Wenzel darauf hin, dass TOP Ö9 bereits in der vorangegangenen gemeinsamen Sondersitzung mit der Bezirksvertretung Aachen-Mitte beraten und beschlossen wurde, damit sei eine Behandlung hier nicht mehr erforderlich.

Herr Dr. Nositschka nimmt Bezug auf den bereits schriftlich gestellten Tagesordnungsantrag der Fraktionen Grüne, SPD, Die Zukunft und Die Linke und bittet darum, den Punkt „Umleitungssituation Baustelle Bismarckstraße“ auf die Tagesordnung aufzunehmen. Es habe bereits verschiedene Rückmeldungen u.a. an seine Fraktion zu gefährlichen Situationen gegeben, dazu wolle man sich von der Verwaltung informieren lassen.

Auf Nachfrage von Herrn Baal führt Frau Wenzel zur Dringlichkeit dieses Antrags aus, dass die Umleitungsregelungen bereits in Kraft seien und dass es schon einen Dooring-Unfall eines Radfahrers gegeben habe. Die Information des Ausschusses und die Diskussion über evtl. erforderliche Änderungen könne daher nicht bis zur nächsten regulären Ausschusssitzung Ende Juni warten.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Punkt „Umleitungssituation Baustelle Bismarckstraße“ am Ende des öffentlichen Teil als neuen TOP Ö14 auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift vom 13.03.2025 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 13.03.2025.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 5 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

Zu 3 Netzwerk Mobilitätswende Region Aachen (NEMORA) - Jahresbericht 2024 zur Kenntnis genommen FB 68/0169/WP18

Herr Prof. Dr. Hebel gibt einen zusammenfassenden Überblick über das Jahr 2024 und geht dabei insbesondere auf Zielsetzungen, Arbeitsergebnisse und Vorhaben für Jahr 2025 der vier Arbeitsgruppen ein. Insgesamt könne festgehalten werden, dass die Entwicklung der wichtigen strategischen Grundüberlegungen, Netze und Qualitätskriterien gelungen sei und man nun den Schwerpunkt auf die Umsetzung von Maßnahmen legen wolle.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss kündigt Frau Burgdorff an, dass die diesjährige Regionale Mobilitätskonferenz (ReMoKo) voraussichtlich am 16.06.2025 stattfinden werde.

Herr Fahl dankt Herrn Prof. Dr. Hebel für den Vortrag und für die bisherige Arbeit. Der NeMoRa-Prozess biete allen Beteiligten die Gelegenheit, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen, und diese Möglichkeit werde offensichtlich zum allseitigen Vorteil genutzt. Es sei zu hoffen, dass der Prozess so erfolgreich fortgesetzt werden könne.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 4 Schienengüterverkehrsstudie für das Rheinland
zur Kenntnis genommen
FB 68/0172/WP18**

Frau Frohn (IHK Aachen) führt kurz in die Thematik ein und erläutert die Intention der Studie und die Zusammensetzung der Beteiligten. In diesem Zusammenhang spricht sie auch der Stadt Aachen ihren Dank für die Unterstützung aus, die die Studie erst ermöglicht habe.

Herr Dr. Schrömbges stellt anschließend die wesentlichen Ergebnisse der Studie vor.

Herr Fahl dankt im Namen der Fraktion der Grünen allen Beteiligten und unterstreicht die Bedeutung der Studienergebnisse. Bereits heute sei die Überlastung der Strecken im Aachener Raum erkennbar, die Qualität der Verbindungen sei in Teilen ungenügend. Die im Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Maßnahmen seien nicht ausreichend, um auch nur die nötigsten Verbesserungen umzusetzen. Der dreigleisige Ausbau der Strecke bis Eilendorf sei wichtig, und es komme zukünftig darauf an, die Deutsche Bahn ins Boot zu holen und diesen Ausbau zu deren Projekt zu machen. Auch die Wiederaufnahme von zurückgestellten Projekten wie beispielsweise die Reaktivierung des Streckenabschnitts Monzen/ Buschtunnel könne ein Weg sein, um die Situation zu verbessern. Es komme nun darauf an, Partner zu einzubinden, eine Finanzierung zu finden und die notwendigen Maßnahmen voranzubringen.

Herr Dr. van den Hurk schließt sich dem Dank an. Auch die SPD-Fraktion setze sich für die Verbesserung der Situation ein, insbesondere müsse man sich nun darum kümmern, aufbauend auf den Ergebnissen der Studie die wichtigen Projekte in den Planungen von Bund und Land zu verankern.

Frau Frohn berichtet, dass man die Studie bereits den Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus der Region zur Verfügung gestellt habe. Zudem betreibe man auch überregionale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Herr Müller betont, dass der regionale Schulterschluss hier unerlässlich sei. Die Auswirkungen gingen teils über die Region hinaus, man sei daher bestrebt, Aachener Interessen auch überregional zu vertreten, beispielsweise über die Kontakte von goRheinland. Die Studienergebnisse werde man nun auch in den konkret anstehenden Projekten, wie am Burtscheider Viadukt oder der Brücke Wolfsbenden in Eilendorf betrachten.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 5 Leitlinien der europäischen Union für den Aufbau eines Transeuropäischen Verkehrsnetzes
(TEN-V)
zur Kenntnis genommen
FB 68/0176/WP18**

Herr Dr. Schrömbges erläutert ergänzend zur Vorlage wesentliche Punkte der TEN-V und ihre Bedeutung für Aachen. Insbesondere sei die Aufstellung eines Sustainable Urban Mobility Plans (SUMP, dt. Plan für eine nachhaltige urbane Mobilität) Voraussetzung für EU-Fördergelder ab 2028.

Als einer der Autoren der Leitlinien stellt Herr Dr. Backhaus (Rupprecht Consult) den aktuellen Stand der Vorgaben für einen SUMP dar und gibt eine erste Einschätzung in Bezug auf die Stadt Aachen ab. Für ein funktionales

Stadtgebiet sei der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) als auf Aachen beschränktes Planwerk als nicht ausreichend zu betrachten, mit NeMoRa sei der Schlüssel für die Vernetzung mit der Region jedoch bereits vorhanden. Zum Thema Güterverkehr habe man mit der unter TOP Ö4 vorgestellten Studie bereits eine gute Grundlage, auf der aufgebaut werden könne. Eine endgültige Veröffentlichung des Indikatorensets sei erst für November 2025 beabsichtigt, es sei jedoch nicht zu erwarten, dass sich die SUMP Guidelines noch wesentlich ändern würden. In Bezug auf die Voraussetzungen für Urbane Knoten sei Aachen insgesamt relativ gut aufgestellt, der VEP-Prozess entspreche im Grundsatz den Anforderungen an den SUMP-Prozess.

Auf Nachfrage von Frau Burgdorff bestätigt er, dass laut Gesetzeslage die Vorgaben für eine SUMP bis Ende 2027 erfüllt sein müssen. Die Förderfähigkeit von Vorhaben müsse dabei auf verschiedenen Levels abhängig von Bedarf und Themenstellung betrachtet werden. In der EU seien bereits Förderprogramme in Vorbereitung, ab 2026 würden gesonderte Fördertöpfe zur Verfügung stehen.

Herr Fahl sieht die Stadt Aachen mit ihrem VEP und der Vernetzung durch NeMoRa als grundsätzlich gut vorbereitet an. Aus seiner Sicht müssten nun alle Anstrengungen unternommen werden, um bestimmte Projekten mit höherer Priorität angehen zu können, so beispielsweise der Südausgang des Hauptbahnhofs, die schon lange diskutierte Umsetzung einer Abfertigungsanlage für Hochgeschwindigkeitszüge und ein verstärkter Ausbau des Güterverkehrs.

Frau Wenzel dankt allen Beteiligten für die umfangreiche Information und bittet darum, den Ausschuss weiterhin auf dem Laufenden zu halten.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 6 Beantragung von Fördermitteln zum Ausbau von Carsharing-Diensten in Aachen (FöRi-MM) ungeändert beschlossen FB 68/0157/WP18

Frau Strack nimmt Bezug auf die Richtlinie und bittet aus Sicht der AG Behindertenhilfe darum, die Aspekte „Mitnahme von Rollatoren/ Rollstühlen“ und „Einstiege für behinderte/ ältere Menschen“ stärker zu berücksichtigen. Sie regt zudem an, den Standort 2 an der Großheidstraße nochmals genau zu prüfen, hier sei der Gehweg doch sehr beengt.

Herr Hecker sieht die Ausweitung der Sharing-Angebote grundsätzlich positiv. Im Einzelfall sei man jedoch auch skeptisch, ob ein Standort sinnvoll sei und auf ausreichend Akzeptanz stoßen werde, so beispielsweise bei Station 1 an der Kleinheidstraße/ Verlautenheidener Straße.

Herr Müller weist darauf hin, dass die Förderrichtlinien vom Land erlassen wurden. Man werde die Anregungen aus der Beratung jedoch mitnehmen bzw. weitergeben. Mit den Fördermitteln versuche man, zusätzliche Ressourcen zu generieren und auszuprobieren, wie die neu geschaffenen Angebote ankommen. Dann werde man über die nächsten Schritte diskutieren.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushalts 2025, mit der Ausschreibung der zehn zugeordneten Carsharing-Stellplätze an 5 Stationen im öffentlichen Straßenraum.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Zu 7 Interreg Meuse-Rhine (NL-BE-DE): TRANSIT
zur Kenntnis genommen
FB 68/0174/WP18**

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 8 Datenanalyse Sachstandsbericht
zur Kenntnis genommen
FB 68/0178/WP18**

Frau Lorenzen informiert den Ausschuss umfassend über die aktuellen Aktivitäten im Bereich der Datenanalyse in der Verkehrs- und Mobilitätsplanung und skizziert künftige Themenschwerpunkte und strategische Handlungsfelder.

Frau Burgdorff dankt insbesondere Herrn Müller, der die Digitalisierungsthemen im Mobilitätsbereich schon früh mit Weitsicht voran gebracht habe, so dass man in immer mehr Bereichen auf einem guten Weg sei, um belastbare Daten als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung stellen zu können.

Herr Neumann schließt sich dieser Einschätzung an und betont die Bedeutung solcher Daten sowohl in der Vereinbarung von Leitlinien als auch in vielen einzelnen Entscheidungsprozessen. Auch in der Kommunikation in Richtung Bürger*innen oder Hochschule seien solche Daten von großem Wert.

Als Vertreterin der AG Behindertenhilfe regt Frau Strack an, auch das Straßenrandparken und insbesondere das Parken für Menschen mit Behinderung in die Datenerhebung bzw. -auswertung aufzunehmen.

Herr Müller sagt eine Prüfung zu. Für den gesamten Arbeitsbereich sei es von Anfang an wichtig gewesen, in den Förder- und Forschungsprojekten einen konkreten Anwendungsbezug zu finden, dieser Ansatz trage allmählich Früchte. Ziel sei es nun, eine größere Transparenz herzustellen und die Daten nutzbar zu machen, z.B. für Gewerbetreibende oder andere interessierte Gruppen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 9 Verflechtungsgebiet Harscampstraße – Schildstraße – Schildplatz;
hier: Ausführungsbeschluss
geändert beschlossen
FB 68/0128/WP18**

Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt ist bereits in der vorangegangenen, gemeinsamen Sondersitzung von Bezirksvertretung Aachen-Mitte und Mobilitätsausschuss erfolgt.

**Zu 10 Bewohnerparkzone "M" (Habsburgerallee) - Ergebnisse der Nacherhebung
ungeändert beschlossen
FB 68/0170/WP18**

Herr Neumann kündigt für die Fraktion der Grünen Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung an, die Fortschritte beim Bewohnerparken bewerte man positiv. Man bitte allerdings im vorliegenden Fall nochmals um Prüfung, ob

das Freihalten von Abbiegesituationen ausreichend berücksichtigt worden sei. Hier wolle man keine Standards unterschreiten.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung über die positive Wirkung der Einführung der Bewohnerparkzone „M“ zur Kenntnis und empfiehlt der Bezirksvertretung Aachen-Mitte, die Anpassung der Parkordnung in der Eynattener und der Kamper Straße mit einem Austausch des Verbundpflasters in den Gehwegen auf der Kamper Straße zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Zu 11 StVO-Anpassung
zur Kenntnis genommen
FB 68/0177/WP18**

Herr Hamblock berichtet ergänzend zur Vorlage und weist darauf hin, dass die Bekanntgabe der Verwaltungsvorschriften noch ausstehe. Damit fehle noch eine wichtige Leitlinie zur Ausführung der neuen Regelungen. Sobald diese vorliege, werde man den Ausschuss informieren.

Herr Neumann dankt insbesondere Frau Burgdorff für ihr Engagement auf verschiedenen Ebenen. Mit der aktuellen Anpassung sei ein Schritt auf dem langen Weg zu mehr Eigenständigkeit der Kommunen bei der Organisation ihres Verkehrs gelungen. Gerne werde man die Verwaltung unterstützen, wenn sich bereits jetzt Gelegenheiten zur Umsetzung der neuen Regelungen böten.

Frau Burgdorff verweist auf den Ratsbeschluss, mit dem die Stadt Aachen sich der Initiative für Tempo 30 in den Städten anzuschließen, dies sei Grundlage ihrer Arbeit und ihres Engagements gewesen. Entscheidend sei, dass die Ziele der StVO geändert worden seien, weitere Prozesse müssten nun folgen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 12 Sachstandsbericht der Vorbereitung des Ausführungsbeschlusses Salierallee auf Basis des Planungsbeschlusses vom 14.9.2023., TO Antrag der Fraktionen Grüne und SPD
zur Kenntnis genommen
FB 68/0164/WP18**

Frau Wenzel dankt der Verwaltung für den Bericht. Es sei wichtig, dass man als zuständiger Ausschuss hier auf dem neuesten Stand gehalten werde.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 13 Mitteilungen der Verwaltung
zur Kenntnis genommen**

Zu folgenden Themen/ Projekten wird mündlich berichtet:

- Mobilitäts-Challenge: 10.05.-31.12.2025
- Fahrrad- und Mobilitätstag: 10.05.2025 - Eisenbrunnen/ Holzgraben/ Dahmengraben
- Anpassung Bewohnerparken: Umsetzung ab 01.05.2025
- Baustelle Wüllnerstraße: kurzfristige Herstellung Fahrbahnverbreiterung/ Baubeginn Anfang Mai

Zu 14 Umleitungssituation Baustelle Bismarckstraße
hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen Grüne, SPD, Die Linke und Die Zukunft
zur Kenntnis genommen

Frau Burgdorff erläutert, dass man die gesamte Baumaßnahme in Abschnitte aufgeteilt habe, um die Erreichbarkeit so weit wie möglich sicherzustellen. Für den ersten Bauabschnitt sei jedoch eine komplette Sperrung der Kreuzung Schlossstraße/ Bismarckstraße unerlässlich. Man sei sich bewusst, dass dies eine große Einschränkung bedeute, die Sperrung sei jedoch nicht verhandelbar. Baubeginn und begleitende Maßnahmen seien gründlich vorbereitet und umfassend kommuniziert worden.

Herr Müller führt ergänzend aus, dass man sich mit der Umleitungssituation intensiv beschäftigt und verschiedene Alternativen geprüft und abgewogen habe. Die Umleitungsempfehlung sei bereits angepasst worden und führe nun über die Nebenstraßen. Die Situation auf der Oppenhoffallee werde man weiterhin beobachten und bei Bedarf zusätzliche Maßnahmen ergreifen. Leider müsse aktuell festgestellt werden, dass einzelne Verkehrsteilnehmende die verkehrlichen Anordnungen im Baustellenbereich ignorierten und damit nicht nur die Bautätigkeit behinderten, sondern auch Gefährdungen verursachten. Dem werde man möglicherweise mit Ordnungsmaßnahmen entgegenwirken müssen.

Herr Hamblock stellt nochmals die aktuelle Umleitungsempfehlung und die bereits ergriffenen Kommunikationsmaßnahmen dar. Für Radfahrende sei das Schieben an der Baustelle vorbei grundsätzlich möglich, es müsse aber beachtet werden, dass es sich um einen Fußweg handle und Fahren daher nicht zulässig sei.

Herr Dr. Nositschka dankt der Verwaltung für die schnelle Reaktion und die Anpassung der Umleitungsempfehlung nach dem Unfall. Es sei aber zu erwarten, dass die Oppenhoffallee weiterhin von Radfahrenden genutzt werde. Man bitte daher zu prüfen, ob nicht eine Demarkierung der Schutzstreifen dort zu einer Verbesserung der Sicherheit beitragen könnten. Da die Schutzstreifen aus rechtlichen Gründen ohnehin entfernt werden müssen, handle es sich hierbei ja lediglich um ein Vorziehen.

Herr Baal legt dar, dass eine Demarkierung des Schutzstreifens auf der Oppenhoffallee nach seiner Einschätzung keine besondere Dringlichkeit begründen könne. Er plädiert dafür, den Punkt in der nächsten Sitzung regulär auf die Tagesordnung zu setzen und erst dann über Maßnahmen zu debattieren bzw. zu entscheiden, wenn auch der Polizeibericht zum Unfall vorliege.

Frau Wenzel stellt klar, dass heute keine Beschlussfassung beabsichtigt sei. Über die Situation auf der Oppenhoffallee sei schon häufiger diskutiert worden, durch die aktuelle Baustellensituation und den Unfall müsse der Handlungsbedarf neu bewertet werden. Aus dem Ausschuss heraus sei hierzu die Demarkierung des Schutzstreifens angeregt worden, dies bitte man die Verwaltung zu prüfen. Angesichts der Bedeutung der Maßnahme beabsichtige sie, regelmäßig einen Sachstandsbericht auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen.

Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

Monika Annette Wenzel
Ausschussvorsitzende

Sabine Vohn
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin